



NR°2
Mai 2016

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Amil Zaugg

EIN KLARES JA FÜR SCHNELLERE UND FAIRE ASYLVERFAHREN

An ihrer 97. ordentlichen Delegiertenversammlung Anfang April 2016 in Buchs AG hat die EVP Schweiz ein klares Ja zur Änderung des Asylgesetzes beschlossen. Deutlich Nein sagte sie zu allen zur Abstimmung anstehenden Volksinitiativen. Mit stehenden Ovationen bestätigten die Delegierten ihre Präsidentin Nationalrätin Marianne Streiff, BE, im Amt und verabschiedeten den langjährigen Generalsekretär Joel Blunier sowie Administrativsekretär Werner Rieder.

EVP-Nationalrätin und Parteipräsidentin Marianne Streiff plädierte für eine Annahme der Revision des Asylgesetzes, die einzig von der SVP mit einem Referendum bekämpft wird: «Wer will, dass Asylverfahren künftig wesentlich schneller, fair und rechtsstaatlich durchgezogen werden, kann dieser Gesetzesänderung getrost zustimmen», so Streiff.

Die kostenlose Rechtsvertretung stelle sicher, dass die verkürzten Verfahren jederzeit rechtsstaatlichen Ansprüchen genügten. Wie das Pilotprojekt in Zürich gezeigt habe, trügen sie zudem dazu bei, dass die Betroffenen den Entscheid besser und schneller akzeptieren könnten.

Mit 122 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen sprachen sich die Delegierten mehr als deutlich für die Änderung des Asylgesetz-

zes aus. Zu den Volksinitiativen «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen», «Pro Service public» und «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuhinitiative) verabschiedeten Delegierte und Zentralvorstand hingegen die Nein-Parole. Mit stehenden Ovationen bestätigte die Versammlung Parteipräsidentin Marianne Streiff-Feller, BE, für weitere vier Jahre im Amt. Ebenfalls langanhaltende Ovationen erhielt der scheidende Generalsekretär Joel Blunier für sein leidenschaftliches, 14-jähriges Engagement. Ebenso warmherzig verabschiedeten die Delegierten Administrativ-Sekretär Werner Rieder in den wohlverdienten Ruhestand.

VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch

DANK UND ENTÄUSCHUNG 7

Während die EVP Thurgau jubeln durfte, wurde St. Gallen bei den kantonalen Wahlen bitter enttäuscht.

ZWISCHEN BIBEL UND REALITÄT 4 - 5



Soll es die Ehe auch für Homosexuelle geben und dürfen diese Kinder adoptieren? Auf der Suche nach Antworten - ein Interview.

ABSTIMMUNGSKAMPF 8

Nach dem erfolgreichen Referendum gegen das FMedG tritt die EVP zum Abstimmungskampf an.

EDITORIAL



Adieu – Willkommen

Anlässlich der Delegiertenversammlung anfangs April 2016 haben wir unseren langjährigen Generalsekretär Joel Blunier würdig verabschiedet. Nach fast 14 intensiven Jahren Einsatz für die EVP orientiert er sich beruflich neu. Seinen Posten zur operativen Führung der Partei übernahm per 1. Mai der studierte Betriebswirt und neu gewählte Generalsekretär Dominik Währy. Der zweifache Familienvater ist verheiratet und wohnt in Bern. Wir heissen ihn herzlich willkommen!

Es wartet ein steiler Einstieg auf ihn. Wir haben verschiedenen Themen, bei welchen wir uns als Partei positionieren müssen, wie zum Beispiel die Fragen der Familiendefinition. Zu diesem Thema lesen Sie auch das Interview mit Alfred Aeppli auf den Seiten 4 und 5. Ausserdem stehen wir mitten im Abstimmungskampf zu den Vorlagen vom 5. Juni 2016. Auch hier sind wir als EVP sehr gefordert. Besonders im Abstimmungskampf zum Fortpflanzungsmedizingesetz.

Dringender Aufruf!

Zwei der drei Referendumskomitees haben anlässlich einer gemeinsamen Medienkonferenz Mitte April die Abstimmungskampagne offiziell lanciert. Im Moment der Redaktion dieser Zeilen würden laut Medienumfragen 45–47% der Stimmberechtigten das Gesetz ablehnen und 51–52% zustimmen. Dieses Verhältnis gilt es bis zur Abstimmung zu drehen! Die EVP wird weiter alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen und Register ziehen, um dieses viel zu weit gehende und in seiner allfälligen Umsetzung unkontrollierbare Gesetz zu verhindern.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe EVPlerinnen und EVPler. Damit es gelingt, das FMedG an den Adressaten, das Parlament, zurückzuschicken, braucht es nicht nur Ihre persönliche NEIN-Stimme, sondern auch alle jene, die Sie im Gespräch, per Post, mit E-Mails, Facebook- und Twitteraufrufen überzeugen können, ebenfalls ein NEIN in die Urne zu legen. Wir sagen NEIN zu Laborentscheiden über wertees und unwertes Leben. Ich danke Ihnen herzlich, wenn Sie sich hier engagiert einsetzen.

Herzlich Ihre

Marianne Streiff

Marianne Streiff
Präsidentin der EVP Schweiz

EVP AUF SOCIAL MEDIA

 www.facebook.com/evppev

 [@evppev](https://twitter.com/evppev)

PAROLEN

Beschlossen von Zentralvorstand und Delegiertenversammlung vom 5. September 2015 und 2. April 2016 in Oberburg und Buchs für die Volksabstimmung vom 5. Juni 2016.

 **ÄNDERUNG DES FORTPLANZUNGS-MEDIZINGESETZES (FMEDG)** **NEIN**

 **JA ZUR ÄNDERUNG DES ASYLGESETZES (ASYLG)** **JA**

 **VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUND-EINKOMMEN»** **NEIN**

 **VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE FAIRE VERKEHRSFINANZIERUNG» (MILCHKUH)** **NEIN**

 **VOLKSINITIATIVE «PRO SERVICE PUBLIC»** **NEIN**

IN EIGENER SACHE

Die Postanschrift der EVP Schweiz hat geändert.

Sie lautet neu: EVP Schweiz
Nägeligasse 9
Postfach
3001 Bern

Anzeige



Wollen Sie über Ihren Tod hinaus Gutes tun?

Helfen und Sinn stiften

Ihr Legat oder Ihre Spende helfen, dass wir unsere Arbeit unter den Ärmsten weiterhin tun können. Verlangen Sie unseren Testaments-Ratgeber.

Hohlstrasse 192, 8004 Zürich, Tel. 043 336 50 80
www.swsieber.ch, info@swsieber.ch, Spendenkonto 80-40115-7



Sozialwerke Pfarrer Sieber
auffangen – betreuen – weiterhelfen

KOMMENTAR



«Alles hat ein Ende...nur die Wurst hat zwei.» Dieser Songtext passt zu meinem Abschied als Generalsekretär der EVP Schweiz. Er erinnert mich aber auch an unsere Mitgliederwerbung vor ein paar Jahren: „Politik ist mir nicht Wurst“. Das trifft auch auf mich zu, selbst wenn ich zwischendurch Sinn und Zweck des politischen Engagements hinterfrage. Was kann ich als einzelner Politiker – zudem noch Mitglied einer kleinen Partei – überhaupt bewirken? Betrachten wir es andersrum: Was wäre, wenn ich mich nicht politisch einbringen würde? Dann entscheiden andere mit zum Teil völlig abweichenden Wertvorstellungen! Unser (kostbares) Licht nicht unter den Scheffel zu stellen und für biblische Werte in der politischen Arena einzustehen, war meine Mission während der vergangenen 14 Jahre als Generalsekretär. Dass wir uns dabei im kleinen Engagement immer wieder auf das grössere Ganze beziehen, ist nicht nur motivierend, sondern gar überlebenswichtig. Während meiner Zeit bei der EVP hatte ich das Vorrecht, das grosse Ganze der Partei zu erleben. Für all die unzähligen Begegnungen mit EVP-Mitgliedern in Nah und Fern bin ich dankbar. Sie machten mir deutlich, dass es sich trotz allem lohnt, als Christ politisch aktiv zu sein. Merci und Gottes Segen!

JOEL BLUNIER
EHM. GENERALSEKRETÄR EVP
SCHWEIZ

INITIATIVEN

MASSVOLL STATT MILCHKUH

Bereits am Vorabend der Delegiertenversammlung Anfang April hatte der Zentralvorstand der EVP Schweiz die Nein-Parole gegen die Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuhinitiative) beschlossen – und dies einstimmig. Die EVP setzt sich von je her für echte Kostenwahrheit unter Einbezug aller externen Kosten sowie für eine massvolle Verkehrsfinanzierung ein. Der öffentliche Verkehr ermöglicht Mobilität bei geringerer Umweltbelastung und grösserer



am 5. Juni 2016
NEIN zum Milchkuh-Schwindel

Einstimmig schickte der ZV die Milchkuh-Initiative bachab.

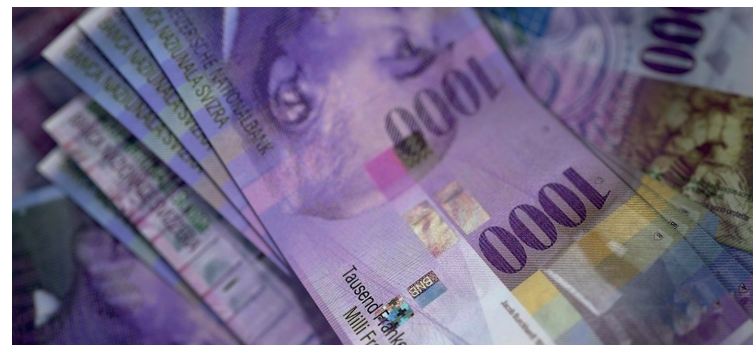
Energieeffizienz. Er geniesst deshalb Priorität. Der Bundesrat rüstet zudem die Verkehrsträger mit dem kommenden

Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds NAF für die Zukunft aus. (dm)

Foto: zVg

GEFAHR DES MOTIVATIONSKILLERS

Als «Motivationskiller grösseren Ausmasses» bezeichnete EVP-Nationalrätin Maja Ingold an der DV die Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»: «Arbeit muss sich lohnen, und wenn sie das nicht tut, haben wir ein Motivationsproblem». Wie die Mehrheit des Nationalrates bezweifelte sie, dass der Anreiz zur Arbeit bestehen bleibe, wenn man den Lohn auch ohne Arbeit bekommt. «Überdies wird der Grundgedanke unserer Sozialpolitik, nämlich die Hilfe zur



Arbeitsanreiz auch wenn man den Lohn ohne Arbeit bekommt?

Selbsthilfe, um zurück in die wirtschaftliche Selbständigkeit zu finden, vernachlässigt, wenn nicht sogar torpediert», warnte

Ingold. Mit 97 Nein- zu 23 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen sprachen sich die Delegierten schliesslich dagegen aus. (dm)

Foto: zVg

REGELRECHTER ETIKETTENSCHWINDEL

EVP-Nationalrätin Maja Ingold stellte an der DV die Volksinitiative «Pro Service public» vor, die im National- und Ständerat ohne Gegenstimme bachab geschickt worden war. Es handle sich aus Sicht der Parlamentarier um einen «Etikettenschwindel», dessen Massnahmen im Gegenteil sogar zu einer Verschlechterung des Service public führen würden. Das geforderte Gewinnverbot für bundesnahe Unternehmen würde zum Beispiel zu einem Leistungsabbau oder zu Steuererhöhungen



Kein einziger Parlamentarier sprach sich für die Initiative aus.

führen. Gleichzeitig müsste die Staatskasse auf Dividenden und Gewinnsteuern dieser Unternehmen in Höhe von über einer Milliarde verzichten — ohne

dass der Service public etwas davon hätte. Mit 90 Nein- zu 19 Ja-Stimmen bei 12 Enthaltungen sprachen sich die Delegierten dagegen aus. (dm)

Foto: zVg

IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN BIBEL UND GELEBTER REALITÄT

... Soll die Ehe für homosexuell empfindende Menschen geöffnet werden? Sollen sie Kinder adoptieren dürfen? ... «Heisse Eisen», die auf der politischen Agenda stehen und bald schon entschieden werden. Auch die EVP ... muss ihre Antworten darauf finden. Eine erste Annäherung im Gespräch mit Pfarrer Alfred Aeppli.



Alfred Aeppli, 65
Pfarrer und Dr. sc. techn. ETH, Jegenstorf, verheiratet, vier erwachsene Kinder, bis zur Pensionierung reformierter Pfarrer in Burgdorf und Jegenstorf, Präsident des Landeskirchen-Forums

Herr Aeppli, starke Familien – starke Gesellschaft. Die Familie als zukunftsfähige, tragende Zelle der Gesellschaft ist der EVP von je her zentrales Anliegen. Was macht für Sie eine starke, gesunde Familie aus?

Es besteht kein Zweifel, dass gesunde Familien zu den Keimzellen einer tragfähigen Gesellschaft gehören. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass sich etwa 85 Prozent der jungen Erwachsenen trotz anders lautender Vermutungen eine stabile und dauerhafte Partnerschaft wünschen. Die meisten möchten zu gegebener Zeit auch Kinder bekommen. Doch auf dem Weg zu einer starken Familie liegen viele Stolpersteine. Treue, Verbindlichkeit und die Bereitschaft, in Krisen voneinander zu lernen, sind notwendig. Fachleute reden vom «Commitment». Damit ist eine gegenseitige

Verpflichtung, ein starkes Engagement auf kognitiver und emotionaler Ebene gemeint.

Bedarf es hierfür heute noch zwingend des klassischen Modells der Ehe als verbindlicher Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau?

Das klassische Ehemodell ist kein Auslaufmodell. Eine Mehrheit der Bevölkerung möchte nach wie vor in einer solchen Paarbeziehung leben. Doch zu lange wurden gleichgeschlechtlich empfindende Menschen ausgegrenzt. Sofern ihre Partnerschaft auf Treue und Verbindlichkeit beruht, müssen wir auch ihnen Lebensraum gewähren und die nötigen zivilrechtlichen Grundlagen schaffen.

Die parlamentarische Initiative „Ehe für alle“ will die Institution der Ehe für Menschen aller sexuellen Orientierungen, also auch für Homosexuelle öffnen. Ein für Sie gangbarer Weg?

Ich mache eine klare Zuordnung der Begriffe. Den Begriff der Ehe reserviere ich gemäss gültigem internationalem Verständnis für eine auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Bei einer gleichgeschlechtlichen Beziehung brauche ich den Begriff der Partnerschaft. Diese Begriffe würde ich auch in der Gesetzgebung verwenden. Eine Partnerschaft von Frau zu Frau oder von Mann zu Mann ist nicht dasselbe wie eine Ehe zwischen Mann und Frau. Diesen Unterschied würde ich in der gesetzlichen Rege-

lung bezüglich Nachkommen berücksichtigen, auch wenn die Fortpflanzungsmedizin bald alle Grenzen zu überwinden scheint. Nicht alles Machbare ist gut.

«Jesus hat sich eindeutig für die treue Verbindung zwischen Mann und Frau ausgesprochen.»

Ehe nein, aber gleichgeschlechtliche, verbindliche Partnerschaft ja? Müsste man als Theologe Homosexualität nicht aus biblischer Sicht ablehnen? Sprechen nicht die einschlägigen Stellen im Alten Testament und bei Paulus eine klare Sprache, nämlich die, dass Gott Homosexualität ablehnt?

Bei der biblischen Sicht zu diesem Thema gehe ich von dem aus, was Jesus sagt. Er hat sich eindeutig für die treue Verbindung zwischen Mann und Frau ausgesprochen. Allerdings waren die Paarprobleme damals nicht kleiner als heute. Auch wenn Jesus klar für die lebenslange Ehe plädiert, anerkennt er, dass das mosai-

damit sie eins werden. Das ist das Bauprinzip des Lebens – ein Mann, eine Frau, ein Bund, ein Raum für neues Leben. Indessen gibt es keine ablehnende Äusserung von Jesus gegenüber homosexuell empfindenden

Menschen. Anscheinend hat er sie mit derselben Liebe angenommen, wie er das bei allen anderen auch tat. Im Alten Testament gibt es einige krasse Gesetze mit Androhung der Todesstrafe, die wir nicht eins zu eins auf unsere Zeit übertragen können. Dazu gehört die Verurteilung der Schwulen im Buch Levitikus. Paulus wendet sich in den neutestamentlichen Briefen gegen die in hellenistisch geprägten Städten verbreitete Pädophilie und Promiskuität. Von der jüdischen Tradition geprägt lehnt er Homosexualität ab. Er sagt jedoch nichts über treu gelebte gleichgeschlechtliche Partnerschaften, da sich diese nicht outen durften. Das Liebesge-

«Indessen gibt es keine ablehnende Äusserung von Jesus gegenüber homosexuell empfindenden Menschen.»

sche Gesetz „als Zugeständnis an euer hartes Herz“ eine Tür zur Scheidung offen lässt. Doch sofort fügt er hinzu, dass Gott von Beginn der Schöpfung an Mann und Frau geschaffen hat,

bot von Jesus ist für mich die Richtlinie in dieser Frage.

Was bedeutet dies für eine Politik, welche unsere Gesellschaft auf Basis der Werte

ZUR DISKUSSION

des Evangeliums mitgestalten will, so wie die der EVP?

Die Grundwerte des Evangeliums sind Glaube und Liebe und Hoffnung. Es ist die Aufgabe der christlichen Politikerinnen und Politiker, diese Werte zu leben, in die Debatte einzubringen und dabei einen Lebensraum sowohl für Gleich- als auch für Andersdenkende zu schaffen. Dabei können wir nicht buchstabengetreu dem biblischen Text folgen. Die Anweisungen der Bibel sind zwar göttlich inspiriert, aber auch vom damaligen Umfeld geprägt. Wir müssen die alte Botschaft lebensnah auf heute übertragen. In diesem Sinn muss sich die EVP-Politik zu Wort melden. Doch in einem demokratischen Staat ist die Gesetzgebung das Ergebnis von vielen Beteiligten. Manchmal müssen wir mit Kompromissen leben.

Homosexuelle fordern, dass ein institutionelles Gefäss für gleichgeschlechtliche Paare auch mit den gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet sein müsste, so etwa mit dem Recht auf Adoption von Kindern.

Wenn jemand ein Kind mitbringt in eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft, so sollte die Stiefkind-Adoption möglich sein, wenn der andere leibliche Elternteil unbekannt, verstorben oder mit der Adoption einverstanden ist.

Doch die Forderung zielt dahin, dass Homosexuelle auch fremde Kinder adoptieren könnten ...

Insofern sollten wir die ursprüngliche Schöpfungsordnung nicht zu weit strapazieren. Ich würde nur die Stiefkind-Adoption erlauben und gleichgeschlechtlichen Paaren nicht die gleichen Adoptionsrechte gewähren, wie einem Ehepaar.

Neben dem klassischen Vater-Mutter-Kind Modell gibt es heute zunehmend auch sogenannte «Regenbogenfamilien», also zwei Frauen oder zwei Männer, die Kinder gross ziehen. Kritiker halten dagegen, dass es für die psychologische Entwicklung eines Kindes immer noch am besten sei, wenn es bei einem weiblichen und einem männlichen Elternteil aufwächst.

Sicher ist es für ein Kind gut, wenn es in einer stabilen Familie bei Mutter und Vater aufwachsen kann. Doch bei wie vielen Scheidungskindern ist

«Ich wünsche einen Lebensraum, wo Glaube, Liebe und Hoffnung für alle Menschen erlebbar wird.»

dies auch nicht möglich? Wir sollten diesbezüglich offener werden gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren.

Viele Christen fühlen sich in



Foto: zVg

Das Liebesgebot Jesu als Richtschnur: Altpfarrer Alfred Aeppli.

der ganzen Diskussion sehr unbehaglich. Sie werden das Gefühl nicht los, dass hier mit massivem gesellschaftlichen Druck versucht wird, die Natur juristisch und im Ausland zunehmend auch medizinisch zu umgehen. Denn die göttliche Schöpfungsordnung sieht ja grundsätzlich Nachwuchs für gleichgeschlechtliche Paare biologisch nicht vor.

Was individuell gilt, ist auch in

schwul-lesbische Bewegungen sind entstanden, weil diese Menschen nicht ernst genommen wurden. Wir sollten ihre Anliegen anhören und weise entscheiden, was gutes Leben fördert. Dabei sind biologische Grenzen achtsam zu respektieren. In der Familienpolitik befinden sich engagierte Christen im Spannungsfeld zwischen guten biblischen Ordnungen und der tatsächlich gelebten Realität. Anders gesagt: Es ist die Spannung zwischen Dogmatik und Seelsorge. Ich habe keine fertigen Lösungen, aber ich wünsche einen Lebensraum, wo Glaube und Liebe und Hoffnung für alle Menschen erlebbar wird.

**INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP**
dirk.meisel@evppev.ch

Anzeige

Durchbruch erleben.

Solange die Grenzen offen sind.

Eine Million englisch-birmanische Bibeln für Myanmar als »Lehrbücher«. Unterstützen Sie die Aktion.

AKTION FÜR VERFOLGTE CHRISTEN UND NOTLEIDENDE

AVC

klare worte.
starke taten.

AVC | steht verfolgten Christen bei
AVC | hilft Notleidenden
AVC | macht Jesus Christus bekannt

AVC | www.avc-ch.org
Tel. +41 (0)32 356 00 80
facebook.com/avcschweiz

Postkonto 25-11156-1
UBS Biel CHF39 0027 2272 5267 2842 0

VORSTÖSSE



Motion
von Marianne Streiff

Gefährdete Patienten

«Der Staat kann und darf nicht dulden, dass Gesetze einfach missachtet werden», forderte EVP-Nationalrätin Marianne Streiff in einer vom Rat schliesslich abgelehnte Motion zur Einhaltung der Arbeitszeit in den Spitälern. Dienste bis zu 16 Stunden und Einsätze von 12 Tagen am Stück bei Schichtarbeit und Pikettendienst seien ein flächen-deckendes Problem in den Spitälern der Schweiz. Nicht selten führten Übermüdung und Burn-out zur Gefährdung der Patientinnen und Patienten. Streiff hatte deshalb den Bund in ihrer Motion dazu aufgefordert, die Einhaltung des Arbeitsgesetzes in den Spitälern durchzusetzen.

Interpellation Maja Ingold

Sind Asylausgaben Entwicklungshilfe?

Die Schweiz erreicht die vom Parlament festgelegte Quote für Mittel der Entwicklungshilfezusammenarbeit von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nur deshalb, weil sie die Ausgaben für Asylsuchende während des ersten Aufenthaltsjahrs in unserem Land ebenfalls auf diese anrechnet. Maja Ingold fragt deshalb den BR, wie er die Bewertung dieser Ausgaben als Entwicklungsausgaben und deren Nutzen für die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern beurteilt.

AUS DEM BUNDESHAUS

ENERGIESTRATEGIE, INDIVIDUALBESTEUERUNG UND EHE-LIGHT

Die Frühjahrsession 2016 machte bereits deutlich, wie die neuen Mehrheiten im Parlament spielen. Es standen unter anderem Entscheide zur Energiestrategie an, zur Individualbesteuerung und zur «Ehe-Light».

Der Bundesrat legte das erste Massnahmenpaket seiner Energiestrategie vor. Leider verabschiedeten die neuen Mehrheiten im Parlament gravierende Einschnitte.

Alte AKW bis auf die Felgen

Sie strichen zum Beispiel die Vorgabe eines Energiestandards beim Steuerbonus für Gebäudesanierungen und Ersatzneubauten. Ebenso fielen die Laufzeitbeschränkungen für AKW und die Pflicht zu einem Langzeitbetriebskonzept weg. Die alten AKW könnten nun «bis auf die Felgen heruntergefahren» werden, so NR Girod. Die Warnung vor steigenden Unfallrisiken bei derart veralteter Technologie, etwa durch Terrorismus verhallte ungehört. Auch beim Konfliktfeld Landschaftsschutz versus Nutzen erneuerbarer Energien schwächte man den Schutz. Die EVP bedauert sämtliche Entscheide und hofft, dass der Ständerat wenigstens noch die Grundprinzipien der Energiestrategie retten kann.



Foto: Edouard Rieben

Immer dran am politischen Geschehen: Die EVP-Nationalrätinnen Marianne Streiff, BE und Maja Ingold, ZH im Bundeshaus

Weniger Steuern, mehr Aufwand

Der Nationalrat nahm eine Motion der Finanzkommission an, welche die Individualbesteuerung einführen will. Dieser Systemwechsel führt je nach Ausgestaltung zu 2,37 Mia Franken Mindereinnahmen sowie zu massivem Mehraufwand für die veranlagenden Behörden. Der Bundesrat empfahl die Ablehnung und die Suche nach einer Kompromissform. Die EVP macht sich von jeher für ein Splitting-Modell stark, bei dem das Einkommen des Ehepaars für die Besteuerung geteilt wird.

«Ehe-Light» in der Schweiz?

Zwei Vorstösse beauftragten den Bundesrat, einen zivilen Solidaritätspakt nach dem Vorbild des französischen PACS für die Schweiz zu prüfen. Dieser würde zivilrechtliche Partnerschaften mit Gütergemeinschaft, gemeinsamer steuerlicher Veranlagung und günstigeren Erbbestimmungen beinhalten.

VON MARIANNE STREIFF
marianne.streiff@parl.ch

UND MAJA INGOLD
maja.ingold@parl.ch

WWW.EVPEV.CH/
SESSIONSBERICHTE

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Maja Ingold, Marianne Streiff, Joel Blunier, Samuel Eugster, Regula Streckeisen, Ellen Tedaldi (Lektorat)

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

TERMINE 2016

28.05. Kadertag EVP Schweiz
Bern, Bundeshaus

30.05. - 17.06. Sommersession des eidgenössischen
Parlaments

05.06. Eidgenössische Volksabstimmung

25.06. Delegiertenversammlung der EVP
Schweiz, Wil SG

KANTON THURGAU



EVP THURGAU VERTEIDIGT IHRE FÜNF SITZE

Die EVP Thurgau hat bei den Grossratswahlen vom 10. April ihre fünf Sitze verteidigt und schliesst sich in der neuen Legislaturperiode im Rat der CVP-Fraktion an. Mit 4,9 Prozent legte sie sogar noch um 0,2 Prozent Wähleranteile zu. Bravourös schnitt insbesondere auch die *jevp ab, die mit drei eigenen Listen antrat. Von den drei Jungpartei-

en mit eigenen Listen erreichten sie mit Abstand das beste Resultat. «Mit unserem Motto 'Fairness brings' lagen wir goldrichtig. Wir haben aus meiner Sicht einen engagierten und fairen Wahlkampf bestritten und wurden dafür belohnt», resümierte Wahlleiter Martin Aebersold.

VON REGULA STRECKEISEN
regula.streckeisen@evp-thurgau.ch



Foto: zvg

Mit Thurgauer Löwe: Ruedi Bär, Doris Günter, Elisabeth Rickenbach, Wolfgang Ackerknecht. Nicht im Bild: Hansjörg Haller

AUS DEN KANTONEN

SOLOTHURN WENDET GROUNDING AB

Nach dem Rücktritt des Co-Präsidiums drohte der EVP Kanton Solothurn wegen Vakanzen im Vorstand das Grounding. Eine Restrukturierung stellte nun an der DV Ende März einen funktionsfähigen Vorstand sicher. Alt-Nationalrat Heiner Studer begleitet diesen. René Steiner bleibt der Partei als Kantonsrat erhalten. Elia Leiser, André Wyss, Theres und Martin Dietiker, Beat Bachmann und Ferenkeh Tarawally gehören neu dem Vorstand an.

Verzicht auf 2. Wahlgang
Nach den Regierungsratsersatzwahlen im Kanton Bern am 28. Februar hat die EVP auf die Teilnahme am 2. Wahlgang verzichtet. EVP-Kandidat Pat-

rick Gsteiger erzielte ein gutes Resultat. Die Resultate der drei Kandidaten aus dem Berner Jura hatten jedoch gezeigt, dass eine Mitvertretung im Regierungsrat in der aktuellen Konstellation nicht mehrheitsfähig ist.

Der Anfang ist gemacht
Am 20. März ist die EVP Schwyz erstmals bei den Kantonsratswahlen angetreten – dies mangels Personal allerdings nur in drei von 30 Wahlkreisen. Entsprechend fiel mit 0,3 Prozent Wähleranteil das Ergebnis aus. Ermutigend war für Präsident Hans-Ruedi Minder, dass sich nun auch in den anderen Wahlkreisen Leute meldeten, die beim nächsten Mal mitmachen wollen.

KANTON ST. GALLEN



SCHWARZER TAG FÜR DIE EVP ST. GALLEN

Am 28. Februar hat die EVP St. Gallen bei den Kantonsratswahlen trotz Stimmzuwachs in allen angetretenen Wahlkreisen nach Jahrzehnten ihre beiden Sitze im Kantonsrat verloren. Wegen der eidgenössischen Volksabstimmungen am gleichen Tag und der ausserordentlich hohen Stimmbeteiligung aufgrund der Durchsetzungsinitiative war der prozentuale Wähleranteil in den meisten Wahlkreisen geringer. Dies führte letztendlich zum Sitzverlust. Besonders bitter ist der Wahlausgang im Werdenberg, wo Hans Oppliger die Wiederwahl um lediglich 4 Stimmen verpasste.

«Wir sind sehr enttäuscht, aber nicht entmutigt», so Parteise-

ekretär Samuel Eugster. «Wenn es die EVP in der Vergangenheit gebraucht hat, wird es sie auch weiterhin brauchen. Wir haben Werte, die tragen, und damit weiterhin einen wichtigen Auftrag in unserer Gesellschaft.»



Fotos: zvg

4 (!) Stimmen fehlten zur Wiederwahl: Hans Oppliger

VON SAMUEL EUGSTER
sekretariat@evp-sg.ch

PERSONALIEN

An der DV in Buchs AG Anfang April wurden aus dem Zentralvorstand verabschiedet: Joel Blunier, Philipp Frei, Peter Gröflin, Valérie Kasteler, Ruth Kleiber, Claudia Kuhnert, Philippe Messerli, Barbara Opplinger, Didier Rochat, Daniela Wirth. Neu wurden in den Zentralvorstand gewählt: Nik Gug-

Anzeige

ger, Winterthur ZH, Claudia Schürch, Thun BE, Leandra Gafner, Bern BE, Jan Muggli, Tramelan BE, Andreas Dölitzsch, Köniz BE, Markus Romann, Böckten BL und Ursula Schweizer, Gams SG. Valérie Kasteler ist Anfang April von ihrem Amt als Co-Präsidentin der EVP Kanton Genf zurückgetreten.

Studium Upgrade

Bachelor- und Master in Theologie BTh/MTh



Weiterbildung für Pastoren, Theologen, Älteste ...

NR° 2
Mai 2016

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.
3001 Bern



ABSTIMMUNG GEGEN DAS FMedG AM 5. JUNI



Nach Gentech-Mais bald Gentech-Mensch?



NEIN ZU GEN-UNTERSUCHUNGEN AN EMBRYONEN OHNE KONTROLLE

Das neue Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) geht viel zu weit und sogar der Bundesrat gesteht ein: Es ist in der Praxis nicht kontrollierbar. Deshalb hatte die EVP zusammen mit vielen Partnern dagegen erfolgreich das Referendum ergriffen. Am 5. Juni heisst es darum zwingend: Zurück an den Absender!

Im Juni 2015 hatte das Schweizer Stimmvolk der Verfassungsänderung zugestimmt, welche Gentests an Embryonen, die sogenannte PID (Präimplantationsdiagnostik) grundsätzlich erlaubt. Das neue FMedG regelt die Anwendung der PID im Detail.

Keine Kontrolle in der Praxis
Es erlaubt die Untersuchung nach Chromosomenstörungen nicht nur für Elternpaare mit dem Verdacht auf schwere Erbkrankheiten, sondern grundsätzlich für alle Paare, die künstliche Befruchtung in Anspruch nehmen. Der Bundesrat gibt zu, dass eine Kontrolle in der Praxis nicht möglich ist. Die Gefahr einer zunehmend schrankenlosen Selektion ist offensichtlich: Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis missbräuchlich nach Geschlecht, Augenfarbe oder anderen Merkmalen hin zum perfekten Menschen aussortiert wird.

Nein zum Optimierungswahn
Quer durch durch die Partei-

en sagen deshalb Politiker wie Christine Häsler von den Grünen: «Ich sage Nein zu Selektionsmentalität und Optimierungswahn». Sie kämpfen dagegen an, dass im Labor zwischen «lebenswertem»

und «lebensunwertem» Leben entschieden wird. Und dagegen, dass Menschen mit Behinderungen künftig als vermeidbares Risiko stigmatisiert werden. Weitere Argumente unter: www.fmedg-nein.ch

DAS PID-GESETZ MUSS ZURÜCK AN DEN ABSENDER: HELFEN SIE MIT!

- www.fmedg-nein.ch
Teilen Sie die Kampagnenwebsite auf Ihren Netzwerken und in Ihrer E-Mail.
- **Flyer und Plakate**
Bestellen Sie Flyer und Plakate zum Verteilen und Aufhängen auf www.fmedg-nein.ch
- www.flyer-ueberall.ch
Hier können Sie das Verteilen des Flyers in ganze Ortschaften und Regionen direkt selber sponsoren.
- **E-Mail-Signatur**
Downloaden Sie die E-Mail-Signatur und nutzen Sie diese für Ihre Korrespondenz.
- **Nein zum FMedG**
Liken Sie die Facebook-Seite und teilen Sie die Beiträge in Ihren Netzwerken.
- **@FMedG_Nein**
Folgen Sie dem Twitter-Account und retweeten Sie dessen Beiträge.
- **Inserate**
Schalten Sie selbst Inserate: fmedg-nein.ch
- **PC-Konto 89-6522-3**
Unterstützen Sie die Kampagne mit Ihrer Spende. Jeder noch so kleine Beitrag stärkt das Nein gegen dieses Gesetz.